Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.60, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Nationalsozialisten: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. (Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14451, 14452, 14453. — Postscheckkonto 7361. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 177 — Donnerstag, den 14. April — **1921**

Streikbeschluß des Arbeiterdreibundes

Ungünstige Wendung im englischen Bergarbeiterstreik

London, 13. April. Wie Reuter meldet, hat der Arbeiterdreibund beschlossen, daß der Ausstand am Freitagabend 10 Uhr beginnen soll.

London, 13. April. Die Bergarbeiter teilen mit, daß die Verhandlungen mit der Regierung und den Grubenbesitzern endgültig gescheitert seien. Dadurch erklären sie den casus belli, soweit er in dem Streikbeschluß der Tripelallianz formuliert war, als gegeben und fordern ihre Kameraden, Eisenbahner und Transportarbeiter auf, ihnen unverzüglich ihre finanzielle Hilfe zu leisten. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß heute lediglich über den Zeitpunkt des Streikbeginns Beschluß gefaßt werden könne, nicht nur über die Möglichkeit des Generalstreiks.

Die Bergleute wollen von der Forderung der Nationalisierung der Bergwerke und der Einführung nationaler Löhne nicht abgehen. Die Regierung erklärte diese Forderungen für unannehmbar.

Auch der Präsident des Verbandes der Bergwerksbesitzer gibt heute abend bekannt, daß die Verhandlungen über die Frage der Nationalisierung des Bergbaues und der nationalen Regelung der Löhne abgebrochen worden sind. Er erklärt, daß die Bergwerksbesitzer den Bergarbeitern alles angeboten haben, was sie zu gewähren imstande sind. Es scheint demnach, als ob die Katastrophe des um ein paar Tage hinausgeschobenen ungeheuren Wirtschaftskampfes wirklich über England hereinbrechen soll.

Vor einem neuen Staatsstreich in Ungarn

Zürich, 13. April. Nach einer Meldung der „Neuen Züricher Zeitung" aus Budapest verweigert Oberst Lehár, der wegen seiner Beteiligung am Karlistenputsch vom Reichsverweser Horthy seines Amtes enthoben wurde, den Gehorsam, und sucht an der Spitze seiner Truppen die royalistischen Offiziere gegen Horthy zu organisieren. Man befürchtet daher einen neuen Staatsstreich in Ungarn.

Das Jap-Problem

London, 13. April. Reuter meldet aus Washington: Der Kaiser von Japan hat in einem durch die japanische Botschaft übermittelten Schreiben sein großes Bedauern darüber ausgedrückt, daß unvermeidliche Umstände ihn für den Augenblick daran hindern, im Namen seines Sohnes die Einladung des Präsidenten zu einem Besuch in den Vereinigten Staaten nach der Beendigung der Mission des Kronprinzen in Europa anzunehmen.

Wie aus Washington gemeldet wird, haben Großbritannien und Frankreich auf die Note des Staatssekretärs Hughes über das Japmandat geantwortet. Die Antwort Englands soll vorläufiger Art sein. Nach einer anderen Meldung aus Washington hat England den Vereinigten Staaten vertrauliche Vorstellungen gemacht, um eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen im Zusammenhang mit dem in San Remo getroffenen Petroleumabkommen zu erzielen. Das der amerikanischen Regierung unterbreitete Abkommen schlägt vor, daß die Vereinigten Staaten einen Bevollmächtigten ernennen, der mit dem britischen Petroleumausschuß die Frage erörtern wolle, da solche direkte Verhandlungen zu einer rascheren Regelung führen würden, als das auf dem Wege der amtlichen diplomatischen Kanäle der Fall sein würde.

Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meldet, in diplomatischen Kreisen herrsche große Besorgnis bezüglich des Inhaltes der nächsten Note des amerikanischen Staatssekretärs. Sie wurde in der in voriger Woche überreichten Note, die sich fast ausschließlich auf das Mandat Japans über die Insel Jap bezog, in Aussicht gestellt. In amtlichen Kreisen in Paris befürchtet man, daß die Vereinigten Staaten die Grundlage einer der Friedensregelungen anfechten werden. Diese Besorgnis werde aber weder in London noch in Rom geteilt, wo man annehme, daß Washington in bezug auf diese Regelungen eine allgemeine Haltung wohlwollender Nichteinmischung und moralischer Unterstützung beobachten werde. Ausgenommen würden solche Bestimmungen des Versailler Vertrages, die die amerikanischen wirtschaftlichen Interessen und Amerikas Ansprüche auf gleiche Behandlung in den Fragen des Handels und der Schiffahrt beeinträchtigen könnten.

Die Teilnahme der Tschecho-Slowakei an den Sanktionen

Prag, 12. April. Während die Regierung ganz nachdrücklich den Berliner Nachrichten widerspricht, daß sich die Tschecho-Slowakei an den militärischen Sanktionen gegenüber Deutschland beteiligen will, liegt heute eine Nachricht des in deutscher Sprache geschriebenen offiziösen Blattes „Prager Presse" vor, dem zufolge die Tschecho-Slowakei aus technischen Gründen sich an den wirtschaftlichen Sanktionen beteiligen müsse, da ihr sonst die Gefahr drohe, daß ihre Waren unter dem Vorwande, daß sie aus deutschem Rohmaterial verfertigt seien, von der Entente mit Differentialzöllen belegt werden könnten. In hiesigen wirtschaftlichen Kreisen wird aber diese Behauptung nicht ernst genommen, indem man auf die verschwindend kleinen Ausfuhrziffern nach Frankreich und England hinweist. Es sei klar, daß die Tschecho-Slowakei nur unter dem ungeheuren politischen Druck der Entente also handeln könne.

Berlin, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Wie der Berliner Berichterstatter des „Czas" mitteilt, hat Frankreich von der Tschecho-Slowakei eine aktive Teilnahme an den Sanktionen gegen Deutschland gefordert. Bisher ist jedoch nicht bekannt, ob dies in Form einer Aufforderung oder eines Vorschlages geschehen ist. Die Regierung scheint jedoch mit ihren Absichten auf starken Widerstand zu stoßen. Wie die „Prager Abendzeitung" meldet, hat die Konferenz der deutschnationalen Sozialisten eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Beharrt die Prager Regierung auf der aktiven Hilfe für die Entente bei der Durchführung der Sanktionen, so wird sie auf den geschlossenen und entschlossenen Widerstand der 3½ Millionen Deutschen in der Tschecho-Slowakei stoßen. Wir fordern die unbedingte Neutralität in der Frage der Sanktionen und würden jedes einseitige Verhalten der Prager Regierung gegen Deutschland mit allen Mitteln, die in unserer Macht sind, bekämpfen."

Von den tschechischen Parteien drohen die Kommunisten mit scharfer Agitation gegen die Teilnahme wegen der bevorstehenden noch größeren Arbeitslosigkeit. Die tschechische Sozialdemokratie hat an die Regierung eine Warnung ergehen lassen, etwa mit der Umgehung des Parlaments mit den Sanktionen einzusetzen. Die von der Regierung bereits vorbereitete Gesetzesvorlage wird schwere parlamentarische und politische Kämpfe zur Folge haben, doch hofft man in Regierungskreisen auf eine Einigung Deutschlands mit der Entente noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung, die für Ende April festgesetzt wurde.

Regelung der Luftfahrt im besetzten Gebiet

Koblenz, 13. April. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung (Nr. 80) betreffend die Regelung der Luftfahrt in den besetzten Gebieten erlassen. Danach ist das Ueberfliegen der besetzten Gebiete mit deutschen Flugapparaten oder mit Flugzeugen, die mit deutschen Flugzeugführern besetzt sind, bis auf weiteres nicht gestattet. Feste deutsche Luftverkehrsstationen dürfen in besetzten Gebieten nicht eingerichtet werden. Ferner ist das Ueberfliegen der besetzten Gebiete mit Apparaten, welche nicht den Besatzungstruppen gehören, ohne besondere Erlaubnis der Rheinlandkommission verboten.

Die Interalliierte Rheinlandkommission erließ eine Verordnung (Nr. 80), durch welche die Ausfuhr abgerichteter Brieftauben aus dem besetzten Gebiet und ihre Einfuhr in dieses verboten wird. Im übrigen wiederholt die Verordnung die bisher erlassenen Vorschriften, Verordnung 34 und 41, über das Halten und die Beförderung von Brieftauben. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Die Arbeiten der Reparationskommission

Paris, 13. April. (Havas.) Die Reparationskommission erklärt, daß sie die Anhörung der deutschen Delegation über die Festsetzung der deutschen Schuld beendet hat. Die Schadenersatzlisten, die von den verschiedenen Mächten eingereicht worden waren, wurden sämtlich der deutschen Delegation zwischen dem 9. und 20. Februar weitergegeben. Der Kommission sind über 120 deutsche Denkschriften zu den Schadenersatzlisten zugegangen. Sie beantwortete außerdem etliche andere Nachfragen der deutschen Delegation nach näheren Einzelheiten; anderseits gab sie den deutschen Sachverständigen die Möglichkeit, mit den Sachverständigen der Verbandsmächte zusammenzukommen, um gemeinsam die Schadenersatzansprüche durchzuprüfen. Schließlich und endlich hat sie in feierlichen Sitzungen, insgesamt 20, vom 22. März bis 12. April, die deutsche Delegation selbst angehört. In ihren nächsten Sitzungen wird die Kommission endgültig den Betrag der Schadenersatzleistungen festsetzen, den Deutschland in Gemäßheit des Friedensvertrages zahlen muß.

Erleichterungen bei der Durchführung der Wiedergutmachung

Berlin, 13. April. Aus London wird gemeldet: Board of Trade hat zwei Verordnungen erlassen, die gewisse Erleichterungen in der Durchführung des Wiedergutmachungs-Gesetzes gewähren. Insbesondere wird der Termin für die Einfuhr der vor dem 8. März in Deutschland angekauften Waren bis zum 15. Mai hinausgeschoben, vorausgesetzt, daß mindestens 20 Prozent des Kaufpreises vor dem 8. März gezahlt worden sind und das Eigentumsrecht an den Waren von diesem Tage an auf die nichtdeutschen Staatsangehörigen übergegangen war. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß der deutsche Exporteur lediglich Rechnungen in dreifacher Ausfertigung einzusenden hat. Für den übrigen Teil der Durchführung des Gesetzes ist nicht er, sondern der englische Importeur verantwortlich.

Die Entente fordert die Rückkehr des Oberregierungsrats Seidel

Berlin, 13. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die alliierte Besatzungsbehörde hat dem deutschen Reichskommissar für die besetzten Gebiete ein Schreiben übergeben, in dem sie unter Berufung auf die Verordnungen 29 und 71 der Rheinlandkommission gegen die Versetzung des Oberregierungsrates Seidel Einspruch erhebt und mit einem Strafverfahren gegen Seidel droht, falls er nicht bis zum 15. April auf seinen Posten zurückgekehrt ist. Dem Präsidenten der Landesfinanzämter im besetzten Gebiet ist eine Aufforderung zugegangen, der Rheinlandkommission eine Liste einzureichen über Beamte, die für die Durchführung der alliierten Zollmaßnahmen geeignet seien.

Maßnahmen gegen die Verbreitung falscher Nachrichten in Oberschlesien

Kattowitz, 13. April. Gemäß Artikel 2 der Verfügung der Interalliierten Regierungs- und Plebiszit-Kommission vom 23. März, welche den Belagerungszustand über die Kreise Beuthen-Stadt, Beuthen-Land, Kattowitz-Stadt, Kattowitz-Land, Königshütte, Pleß und Rybnik verhängt, verfügt General Lecomte Denis, der Kommandierende General der im Belagerungszustand befindlichen Gebiete Oberschlesiens, um die Verbreitung falscher Nachrichten zu beenden und die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu wahren, folgendes:

Artikel 1: Jede Person, die falsche Nachrichten schriftlich oder mündlich verbreitet, wird vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

Artikel 2: Jeder Beamte oder Angestellte öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, welcher das Verbreiten falscher Nachrichten duldet oder verdeckt, wird vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

Artikel 3: Jeder Beamte oder Angestellte öffentlicher Verwaltungen oder Schutzkräfte, einbegriffen alle Polizeiorgane, welcher seinen Posten verläßt, wird verhaftet und vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt.

Das Sternenbanner

Von den Befreiungskriegen bis um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hatten die Nordamerikaner den Yankee Doodle als Nationallied. Als die geistige, politische und wirtschaftliche Genügsamkeit wich, reichte der Dudler nicht mehr zum Ausdruck des Nationalgefühls aus. Das „Star-spangled banner" löste ihn ab. Der Stolz, der aus diesem Liede spricht, wird gemildert durch die unvermindert bestehende private Wertschätzung des Yankee Doodle. Aus dem Zusammenklang beider Lieder webt sich das Glaubensbekenntnis des modernen nordamerikanischen Staatswesens.

Der große Dudler Wilson wollte untergehen im Weltkonzert der Völker. Da hißten die Unzufriedenen und Selbstbewußten an höherem Mast die Stern-Streifen-Flagge und sangen das „Star-spangled banner". Hardings Wahl war das Echo. Deutscher Optimismus hörte aus ihm Frühlingsklänge. Ward nicht müde, in der lediglich falsch verstandenen Betonung des amerikanischen National- und Staatsgefühls Wohlwollen für Deutschland zu sehen. Hoffte auf die Botschaft des neuen Mannes.

Wir haben diese Hoffnung nicht geteilt. Weil wir bei aller Wertschätzung der Imponderabilien der Politik nicht die deutsche Art gutheißen, dem Gefühl ein wesentliches Beeinflussungsrecht bei politischen Geschäften einzuräumen. Was der Deutsche vom Umzug im Weißen Hause zu erhoffen hatte, war eine gewisse Erschwerung der Entente-Politik infolge der stärkeren Wahrnehmung rein amerikanischer Belange durch die neuen Männer; war die Aussicht, durch die Gegensätze zwischen der amerikanischen und der englischen Welt und die wirtschaftliche Interessiertheit Amerikas an einer Festigung der Weltgeschäfte verhütet zu sehen, daß nationalistische und militaristische Torheiten und egoistische Sondergelüste einzelner Staaten hemmungslos an Deutschland sich würden austoben können. Hemmungslos austoben — mehr nicht!

Nun hat Herr Harding gesprochen. Seine Botschaft ist ein Sang, gemischt aus Yankee-Doodle- und Star-spangled-banner-Tönen. Ist die Bekräftigung von Amerikas Willen, eine rein amerikanische Politik zu treiben; möglichst keinem zum Leide, aber Amerika zum Nutzen. Es ist das sicher ehrlich gemeint. Auch die Worte, die vom Frieden reden und von den höchsten Zielen eines Völkerbundes, drücken nur aus, was Amerika zur Richtschnur seines Handelns zu nehmen ernstlich gesonnen ist. Bei den Alliierten und bei uns wird die Botschaft etwas enttäuschen. Bei jenen drüben und hüben, die nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse als sichtbaren Motor und unsichtbaren Steuerer im Leben der Staaten anzuerkennen geneigt sind. Den anderen zeigt die Botschaft Hardings nur den Willen Amerikas: in außeramerikanische Händel sich nicht verstricken zu lassen; die im Friedensvertrag vorgenommene Beeinträchtigung der Interessen Amerikas aufzuheben; die Verringerung der wirtschaftlichen Aussichten Amerikas zu verhüten. Das ist das Ausgesprochene. Das Nichtausgesprochene ist: Macht euch bezahlt, aber tretet uns weder direkt noch indirekt zu nahe!

Harding hat es verstanden, die Innen- und Außeninteressen Amerikas geschickt zu verweben und Mitarbeit und Unterstützung aus allen Kreisen zu gewinnen. Demokraten und Wilson-Freunde fehlen dabei nicht. Herbert Hoover leitet das Handelsdepartement: der Demokrat steht in der Befolgung der republikanischen Politik die Möglichkeiten großzügiger Exportwirtschaft; Wilsons ehemaliger Intimus, Colonel Harvey, der leidenschaftliche Schwärmer für amerikanische Freiheit und schärfste Gegner eines Wilsonschen Völkerbundes, wird Amerika in London vertreten; die ungeheure Popularität Elihu Roots steht Harding ebenso zu Diensten wie die große Geschicklichkeit des Staatssekretärs Evans Hughes und die Sympathie und Wirkungsmöglichkeit des Britenfeindes Hearst. Vielleicht machen diese Männer hinter Harding die Politik; der Präsident bleibt aber der kluge Sprecher und die geschickte Hand, die die Fäden vereinigt. Sie laufen sich in ihren Richtungen noch oft entgegen, aber langsam flicht sich doch das starke Seil, an dem zunächst das amerikanische Staatsschiff verankert werden wird, das aber später das Schleppseil werden soll für die übrige Welt. Aus der innerpolitischen Unausgeglichenheit und aus der außenpolitischen Verwirrung heraus ist Harding verhindert, ein klares Programm seiner Außenpolitik zu geben. Er wird schrittweise vorgehen. Was er will, weiß er, nur: „... es würde unklug sein, eine Darlegung über die zukünftige Politik hinsichtlich der europäischen Angelegenheiten in der Erklärung des Friedenszustandes zu geben."

Es bleiben uns jedoch drei Punkte in seiner Botschaft, die Amerikas Politik ausdrücken. Sie genügen zunächst vollständig, um uns zu unterrichten. Der eine Punkt betrifft den Völkerbund, der andere den Friedensvertrag, der dritte den Wiederaufbau. Und diese drei Angelegenheiten hat Harding ziemlich klar und deutlich dargelegt.

Den halbtoten Völkerbund von Versailles hat Harding ganz totgeschlagen und der Leiche noch ein Plakat umgehängt, das die üble Herkunft und die Schädlichkeit des Wesens kennzeichnet. Diese Worte werden besonders in Frankreich bitter empfunden werden; in Deutschland können sie wieder einmal zu falschen Hoffnungen verleiten. Bezwecken sollen sie weder das eine, noch das andere; sie sollen nur den zähen Verteidigern des Wilsonschen Völkerbundes das Nutzlose ihres Tuns vor Augen führen. Deshalb diese scharfe Verurteilung; deshalb die Gegenüberstellung des neuen, Hardingschen Verbandes der Nationen.

So schmerzlich es auch für Frankreich und England ist, der im Friedensvertrag niedergelegten Politik nicht weiter den Anstrich einer überstaatlichen Billigung geben zu können: sie werden sich mit den jetzt gegebenen Tatsachen abfinden. Schon Viviani hat, als er das Fruchtlose seines Beginnens in Washington einsah, die andere Melodie geblasen; hat den Amerikanern ausgedrückt, daß man im Völkerbundsrat gewillt sei, die amerikanischen Vorbehalte anzunehmen. Daß auch dieser letzte Versuch, Amerika an der Vollstreckung des Versailler Vertrages aktiv zu beteiligen, fehlgeschlagen ist, ist im Interesse einer Ernüchterung der Welt zu